

Positionen und Forderungen der wahlwerbenden Parteien im Bereich Sozialversicherung (auf Grundlage der Wahlprogramme bzw. der aktuellen Parteiprogramme)

	SPÖ (Wahlprogramm 2013)	ÖVP (Wahlprogramm 2013)	FPÖ (Parteiprogramm)	Grüne (Wahlprogramm 2013)	BZÖ (Parteiprogramm)	Team Stronach (Grundsatzprogramm)
Krankenversicherung/ Gesundheitssystem	<p>Neuer Entgeltfortzahlungsfonds (für AN, Freie DN, EPU),</p> <p>Genesungsteilzeit: nach langer Krankheit; auf ärztliche Anordnung; max. sechs Monate;</p> <p>Verbreiterung der Beitragsgrundlage Weiterer Abbau von Selbstbehalten: insb. Spitalskostenbeitrag für Kinder</p> <p>Ausbau des Leistungsspektrum der Ambulatorien und niedergelassener Bereich;</p>	<p>Prävention als Leitgedanken;</p> <p>Anreize zur eigenverantwortlichen vorsorge schaffen;</p> <p>Bundes-Gesundheits-Präventionsgesetz umsetzen</p> <p>Entlastung Spitäler/Ambulanzen durch Aufwertung niedergelassener Bereich;</p> <p>Schließen der Versorgungslücke in der Rehabilitation</p> <p>Erhalt der ärztlichen Hausapotheken im ländlichen Raum zur Sicherung einer patientennahen Medikamentenversorgung</p>	<p>Finanzierung aus einem Topf</p> <p>Verbreiterung der Beitragsgrundlage</p> <p>Soziale Staffelung von Selbstbehalten</p> <p>Abschaffung von Selbstbehalten für Kinder bei stationären Aufenthalten</p> <p>Forcierung der Gesundheitsvorsorge durch Bonus für Vorsorgeuntersuchungen;</p> <p>Langzeitrezepte mit Einmalverschreibungen für chronisch Kranke</p> <p>Gleichstellung von Naturheilmittel mit andern Medikamenten;</p>	<p>Finanzierung des Gesundheitswesens aus einem, von den Gebietskrankenkassen und dem Hauptverband verwalteten Topf</p> <p>Spitalkostenbeitrag für Babys und Kinder soll bundesweit abgeschafft werden</p> <p>Psychotherapie auf Krankenschein, Der bislang begrenzte Kostenersatz für psychische Therapien soll aufgehoben werden</p> <p>Bessere Arbeitsbedingungen in Gesundheitsberufen</p> <p>Kompetenzzentren für Gesundheit, welche die Aufgaben der Pflege, Sozialeinrichtungen, Gesundheitsförderung, Prävention und Rehabilitation organisieren und fördern</p> <p>Aufwertung der HausärztInnen</p> <p>Die Hospizbetreuung muss ein Teil der „Regelfinanzierung“ Werden. Für alle Angehörigen von Sterbenden, die Familienhospizkarenz in Anspruch nehmen, ist ein gesetzlicher Anspruch von existenzsichernden Rahmenbedingungen</p>	<p>Finanzierung aus einer Hand</p> <p>Bundeseinheitlicher Leistungskatalog</p> <p>Schutz vor Missbrauch durch Passfoto auf e-card</p>	<p>Finanzierung aus einer Hand</p> <p>Bessere Versorgung und weniger Kosten durch eine Reform des Gesundheitswesens: Grundversorgung + private Vorsorge, Reduzierung auf eine Gesundheitsversicherung;</p> <p>Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Gesundheitseinrichtungen ermöglichen,</p> <p>Bonus für AG bei Gesundheitsförderung</p> <p>Zweckbindung der Tabaksteuer</p> <p>Verpflichtung zu Zusatzversicherung bei risikogeeigneten Verhaltensweisen</p>

Positionen und Forderungen der wahlwerbenden Parteien im Bereich Sozialversicherung (auf Grundlage der Wahlprogramme bzw. der aktuellen Parteiprogramme)

				unerlässlich Die elektronische Gesundheitsakte (ELGA) soll unter Verfügung der PatientInnen stehen: Sie sollen auswählen können, welches System der Dokumentation sie nutzen und wie sie mit ihren Daten umgehen wollen.		
Pensionen	<p>Weitere Stärkung der gesetzlichen PV;</p> <p>Pensions-Sicherungsbeitrag für kleine Pensionen abschaffen;</p> <p>Aliquotierungsregelung anstatt Wartefrist bei erster Pensionsanpassung</p> <p>Keine weitere Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters</p> <p>Keine raschere Anhebung Frauenpensionsalter</p>	<p>KEZ: Gleichwertig zu Zeiten der Erwerbstätigkeit; Vier Jahre pro Kind, unabhängig von der Geburt: Rückwirkend für Geburtenjahrgänge vor 1955;</p> <p>Ausständige Harmonisierungsschritte umsetzen; Schließung aller Frühpensionslücken;</p> <p>Anreize für längeren Verbleib im Erwerbsleben schaffen: Arbeitszeitmodelle, Eingliederungsbeihilfen, Kombilohnmodelle und Bonus für längeres Arbeiten.</p> <p>Frühpensions-Monitoring: anonymisiert nach Branche, Region, Bildungsstand, Pensionsbegründung</p>	<p>Harmonisierung bestehender Systeme</p> <p>Bekanntnis zur betrieblichen und privaten Vorsorge</p> <p>Bessere Bewertung von Kindererziehungszeiten: Verdoppelung der Bewertung Anrechnung von sechs Jahren;</p> <p>Freiwillige höhere Beitragszahlung;</p> <p>Berechnung der Pensionsanpassung auf Grundlage Pensionistenpreisindex</p> <p>Keine Anhebung des Pensionsalters</p> <p>Abschlagsfreier Pensionsantritt mit 45 ist grundsätzlich anzustreben;</p> <p>Neuregelung der Schwerarbeitspension, keine Abschläge;</p> <p>Berücksichtigung der Freiwilligentätigkeit bei Blaulichorganisationen im Pensionsrecht</p>	<p>Einheitliches Pensionssystem für alle</p> <p>Steuerfinanzierte Grundpension von 8000 EUR für alle (Abdeckung von Kindererziehung, AL, Zivildienst etc) + Beitragsfinanzierte u. gedeckelte Versicherungspension;</p> <p>Rechtsanspruch auf Rehabilitation und Ausbildung für Menschen ohne Berufsschutz</p> <p>Möglichkeit, private Vorsorge in staatlichen Anleihen, in sogenannten Bundesschatzpensionen, anzulegen</p>	<p>Ein PV-Träger für alle</p> <p>Einheitliches PV-System</p> <p>Freie Wahl des Pensionsalters mit entsprechend niedrigerer Pension</p> <p>45 Jahre sind genug</p> <p>Volle Anrechnung von KEZ, Pflegezeiten</p> <p>Teilpension</p> <p>Abschaffung von Zuverdienstgrenzen</p> <p>Ausbau der zweiten und dritten Säule</p> <p>Pensionsanpassung in Krisenzeiten entsprechend Lohnerhöhungen von Erwerbstätigen, ansonsten nach Verbraucherpreisindex;</p>	<p>„Sicherung des Pensionssystems wird nur durch Einführung eines Pensionskotos möglich „(?)</p> <p>Flexibles Pensionsantrittsalter</p> <p>Anreize für private Pensionsvorsorge</p>

Positionen und Forderungen der wahlwerbenden Parteien im Bereich Sozialversicherung (auf Grundlage der Wahlprogramme bzw. der aktuellen Parteiprogramme)

			<p>Beseitigung von Privilegien der OeNB-Mitarbeiter sowie für Beschäftigte der Sozialversicherung oder anderer staatsnaher Bereiche</p> <p>Erhöhung des Pensionssicherungsbeitrages für ehemalige Spitzenpolitiker und für andere „Superspensionen“</p>			
GSVG/SVA/SV BäuerInnen	<p>Abschaffung des 20% Selbstbehalt für Selbständige</p> <p>Frühere Auszahlung des neuen Krankengeldes für Kleinunternehmer</p>		<p>Beseitigung von Missständen beim Bezug von Pflegegeld im Ausland</p> <p>Neue Strukturen, die höhere Pensionen von Bäuerinnen bewirken</p>	<p>Volle Sozialversicherungspflicht für Selbständige</p>		
AL-Versicherung	<p>„Älterengarantie“: Beschäftigungsgarantie für Langzeit-AL 50;</p>	<p>Anreize für AMS-Beschäftigte: Prämie bei erfolgreicher Vermittlung,</p>	<p>Strengere Sanktionen für „schwarzarbeitende“ Arbeitslose</p>	<p>Höhe des Arbeitslosengeldes zumindest auf den EU-Schnitt von 70 Prozent anheben; bei</p>		

Positionen und Forderungen der wahlwerbenden Parteien im Bereich Sozialversicherung (auf Grundlage der Wahlprogramme bzw. der aktuellen Parteiprogramme)

	<p>Leistungen aus der AL-Versicherung immer wieder anpassen;</p> <p>AMS-Leistungsspektrum verbessern</p> <p>Bonus-Malus für die Beschäftigung Älterer</p>	<p>Reform der Mindestsicherung: Arbeitsmarktintegration verbessern, mehr Kontrolle, Sanktionen, Rückforderungen;</p> <p>Weiterentwicklung des AMS zu einer Agentur für Arbeit, AMS-Paket für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.</p>	<p>Entgegen der momentanen Praxis, soll sich das AMS ausschließlich mit der Vermittlung österreichischer Arbeitskräfte befassen;</p>	<p>längerer Arbeitslosigkeiten sollen Leistungen valorisiert werden</p> <p>Einschränkung der Anrechnung des PartnerInneneinkommens in der Notstandshilfe: Notstandshilfe und eine Verdoppelung der Freibeträge beim Partnereinkommen</p> <p>Zumutbarkeit von Erwerbsarbeit hat sich an den bisher ausgeübten Tätigkeiten und den erworbenen Fähigkeiten zu orientieren</p> <p>Ausbau des zweiten Arbeitsmarktes</p>		
Unfallversicherung		<p>Unfall- und Haftpflichtversicherung während der Ausübung freiwilliger Tätigkeiten</p>				
Pflege	<p>Ausreichende Finanzierung aus Steuermitteln sicherstellen</p> <p>Anspruch auf Pflegekarenz/-teilzeit für pflegende Angehörige</p> <p>Keine am Kapitalmarkt angesiedelte Risikofinanzierung</p> <p>Dienstleistungen von mobiler professioneller Pflege über Tagesbetreuung und Einrichtungen für Nacht- und</p>	<p>Dauerhafte Sicherung der Finanzierung: bis 2016 zusätzlich 650 Mio., danach Weiterführung der Leistungen;</p> <p>Bekanntnis zu Pflege-Geldleistungen</p> <p>Stärkung der familiären Pflege: Ausweitung der 24 Std-Pflege</p>	<p>Soziale und rechtliche Absicherung pflegender Angehöriger</p> <p>Jährliche Anpassung des Pflegegeldes entsprechend Inflationsrate</p> <p>Priorität auf Pflege und Betreuung im eigenen Heim</p> <p>Ausbau teilstationärer Dienste</p> <p>Beseitigung Regress</p> <p>Deutliche Verkürzung von Pflegegeldverfahren</p>	<p>Pflegende Angehörige: Anrechnung von Pflegezeiten auf die Pension; Rechtsanspruch auf Pflegekarenz bzw. Pflegezeit mit adäquater finanzieller Unterstützung.</p> <p>Schneller und massiver Ausbau des Angebots im ambulanten, teilstationären (Tages-, Nachtbetreuung, Urlaubsbetreuung) und stationären Bereich</p> <p>Jährliche Anhebung des Pflegegeldes</p>	<p>Jährliche Valorisierung des Pflegegeldes</p> <p>Bundeseinheitliches Gesamtpflegekonzept</p>	

Positionen und Forderungen der wahlwerbenden Parteien im Bereich Sozialversicherung (auf Grundlage der Wahlprogramme bzw. der aktuellen Parteiprogramme)

	Wochenendpflege bis zu lebenswerten Pflegeheimen und Pflegezentren müssen ausgebaut und leistbar gestaltet werden					
Allgemeines		<p>Bekämpfung von Sozialbetrug mit Schwerpunkten: Missbrauch von e-card, Rezept-Gebührenbefreiung, falsche Angaben bei SV-Leistungen;</p> <p>Freiwilliges Soziales Jahr weiterentwickeln;</p> <p>Versicherungsschutz für gefahreneigete ehrenamtliche Tätigkeiten;</p>	<p>Lohnsummenabhängige Bemessungen abschaffen</p> <p>Anhebung der monatlichen Geringfügigkeitsgrenze und Streichung der Tages-/Wochenverdienstgrenze</p> <p>Einheitliche „Lohnabgabe“, die alle bisherigen Lohnabgaben inkludiert; Reduktion der über 100 Bemessungsgrundlagen;</p> <p>Weitere Zusammenlegung von SV-Trägern inkl. Zu definierender Einsparungsaufträge;</p> <p>Schaffung einer eigenen Sozialversicherung für Ausländer;</p> <p>Schaffung einer Seniorenkurie, die in alle Selbstverwaltungskörper der SV einzubinden ist;</p> <p>Soziale Absicherung von behinderten Menschen in geschützten Werkstätten durch Arbeitsverträge abseits der für den ersten Arbeitsmarkt geschaffenen kollektivvertraglichen Verpflichtungen</p>	<p>Schaffung eines einheitlichen Systems der SV-Träger für jede der drei Versicherungssparten (Pension-, Kranken- und Unfallversicherung), in der alle Versicherten die gleichen Beitragssätze zahlen, den gleichen Pflichten unterliegen und die gleichen Leistungen nach den gleichen Regeln bekommen</p> <p>Reform des Sozialversicherungswesens mehr Effizienz und Fairness beim Zugang zu Versicherungsleistungen</p> <p>Voller Versicherungsschutz für alle Arbeitsverhältnisse Unabhängig von Dauer, Arbeitszeit und Höhe des Einkommens</p> <p>Keine Privatisierung von Einrichtungen der SV;</p> <p>Leistungen der SV müssen ein Niveau sicherstellen, dass private Zusatzversicherung nicht notwendig macht;</p> <p>Gesetz zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping nachgebessert</p> <p>Krankmachende</p>	<p>Ein Leistungsträger anstelle des „Wildwuchses an Kassen und SV-Trägern“</p> <p>Einheitliche Leistungen für alle</p> <p>Einrichtung eines Transferkontos im Rahmen des Bürgergeldes</p>	„Treftsicheres und transparentes Sozialsystem“

Positionen und Forderungen der wahlwerbenden Parteien im Bereich Sozialversicherung (auf Grundlage der Wahlprogramme bzw. der aktuellen Parteiprogramme)

				<p>Arbeitsbedingungen Sollen gesetzlich bekämpft und Übergangsphasen nach dem Verursacherprinzip mit Zusatzbeiträgen für Unternehmen versehen werden</p> <p>Weisungsfreie Sozial- und Arbeitslosenarbeitschaft, die informiert und bei der Durchsetzung von Ansprüchen wie auch bei der Abwehr von Schikanen unterstützt</p> <p>Sozial-, Kranken- und Pensionsversicherung für Menschen, die in der Beschäftigungstherapie arbeiten</p>		
--	--	--	--	---	--	--